



Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 27. März 2017
Kantonsratspräsident Andreas Hofer

M 180 Motion Graber Michèle und Mit. über die Abschaffung des Salzregals / Finanzdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Michèle Graber hält an ihrer Motion fest.

Michèle Graber: Mit Erstaunen habe ich die Stellungnahme des Regierungsrates gelesen, weil ich sie bereits kannte; es ist fast wortwörtlich dieselbe wie in den Kantonen Bern und Glarus. Die Berner Regierung musste zugestehen, dass die Antwort von der Schweizer Salinen AG (Schweizer Salinen) verfasst worden ist. Die Luzerner Regierung hat sich nicht einmal die Mühe genommen, die Aussagen zu hinterfragen und zu verifizieren. Mit der Argumentation in der Stellungnahme bin ich nicht einverstanden. Meine zugesprochene Redezeit reicht bei Weitem nicht, um auf die wichtigsten Punkte der Stellungnahme einzugehen und sie zu widerlegen. Heute haben wir die Möglichkeit, im Kanton Luzern für einmal eine Vorreiterrolle einzunehmen und einen alten Zopf abzuschneiden. Das Salzregal belastet die Konsumentinnen und Konsumenten und die Gemeinden mit überhöhten Preisen. Das Salzregal ist aus unserer Sicht wirtschaftsfeindlich, weil eine einzige Aktiengesellschaft das Monopol für die Förderung und den Handel mit Salz innehat. Das bedeutet nicht nur, dass der Import aus dem Ausland untersagt ist, sondern auch dass keine andere Schweizer Firma in diesen Markt eingreifen darf – weder durch den Wiederverkauf noch durch die Förderung. Alle Bezüger und Konsumenten von Salz müssen dieses über den Monopolisten beziehen. Dazu sind die Statuten nicht rechtens. Gemäss Obligationenrecht ist ein Aktionär nur dazu verpflichtet, seine Anteile zu bezahlen. Pflichten, die darüber hinausgehen, sind in den Statuten nicht erlaubt. In der Stellungnahme der Regierung wird die Versorgungssicherheit von Auftausalz durch das Monopol prominent betont. Ein Blick in die Medien der letzten Jahre zeigt ein ganz anderes Bild. Ich möchte stellvertretend zwei Titel aus Schweizer Zeitungen vorlesen. Im „Bund“ wurde im Jahr 2010 geschrieben: „Kommt der Schnee, wird das Salz knapp“. In der „Aargauer Zeitung“ hiess es: „Salzmangel, Streusalz aus Italien importiert – Luzern zeigt Rheinsalinen die lange Nase“. Die Stadt Luzern hat es geschafft, aus Italien 200 Tonnen Streusalz zu importieren, der Kanton weitere Hunderte von Tonnen, dies obwohl der Direktor der Rheinsalinen behauptete, dass es in ganz Europa kein Streusalz mehr gäbe. Der Kanton hat dies wohl bereits vergessen oder gut verdrängt. Das Salzregal bringt den Kanton Luzern in eine problematische Abhängigkeit von einer einzigen Aktiengesellschaft. Zum zweiten prominenten Argument „faire und konstante Preise“: Die Monopolpreise sind nicht fair, sondern nur konstant hoch. Konstant sind die Preise selbstverständlich, das sind sie bei jedem Monopol. In der Stellungnahme wird dann ein Beispiel angeführt, ein teures Markensalz aus Deutschland, das Salz aus Bad Reichenhall. Dieses wird mit dem Monopolsalz aus der Schweiz verglichen, und es heisst, dass es viel teurer sei. Recherchen im erstbesten Supermarkt jenseits der Grenze von Basel haben gezeigt, dass es das Bad Reichenhaller Salz tatsächlich im Sortiment gibt. Daneben gibt es

aber anderes Salz mit Jod- und Fluorzusatz in viel grösseren Mengen. Dieses Salz kostet einen Bruchteil des vom Regierungsrat genannten Salzes, nämlich 19 Cent. Das Gleiche gilt übrigens auch für Streusalz; dort zeigt eine Untersuchung der Avenir Suisse, dass Streusalz im nahen Ausland um den Faktor 2 bis 4 günstiger ist als Streusalz in der Schweiz. Das Salzregal ist wirtschaftsfeindlich, es belastet die Konsumentinnen und Konsumenten und die Gemeinden mit höheren Preisen und bringt den Kanton Luzern in eine problematische Abhängigkeit einer AG. Ändern wir den unhaltbaren Zustand, stimmen Sie bitte der Motion zu.

Markus Baumann: Ein Regal ist in unserem Sprachgebrauch ein Möbelstück, in dem man Dinge aufbewahrt und verstauben lässt, die man aus Tradition noch nicht entsorgen will. Verstaubt ist auch das Salzregal, und entsorgen sollte man es schon lange. Aber wenn man nun die Argumentation liest und hört, dann kommen wieder die drei frommen Grundsätze der Luzerner Politik zum Zug: Das habe man schon immer so gemacht, das habe man noch nie so gemacht, und überhaupt, da könne ja jeder kommen. Wenn man die Antwort der Schweizer Salinen – respektive der Regierung – liest, könnte man meinen, dass bei einer Annahme dieses Vorstosses künftig jeder Bouillonwürfel zu einem raren Luxusartikel würde. Ich möchte das Argument der sehr hohen Budgetsicherheit für die Gemeinden und den Kanton ansprechen. Die Hauptkosten für den Winterdienst sind in der Schneeräumung selber versteckt. Eine Budgetsicherheit, wie in der Antwort suggeriert wird, gibt es im Winterdienst also überhaupt nicht, weil wir zum Glück das Wetter noch nicht selbst bestimmen können. Dies zeigt sich ja auch in den Dividendenzahlungen. Einerseits sind diese sehr unterschiedlich und fallen bei strengen Wintern höher aus. Also besteht auch hier keine Budgetsicherheit für den Kanton. Speisesalz sei im Ausland anscheinend gar nicht billiger, kann man in der Antwort lesen, im Gegenteil, das Markensalz von Bad Reichenhall sei teurer als das Jura Salz, das Markensalz in der Schweiz – es gibt ja auch nur eines –, und das Bad Reichenhaller Salz habe einen Marktanteil von sage und schreibe 60 Prozent unter den Markensalzen. Diese Zahl stimmt sogar. Nur wird eine wichtige Tatsache verschwiegen. Man könnte nämlich mit der gleichen Argumentation auch behaupten, dass Rolls Royce einen Marktanteil von 70 Prozent habe – wenn man ausser Acht lässt, dass man nur Autos ab einem Preis von 300'000 Franken angeschaut hat. Weil man in Deutschland ein bisschen fortschrittlicher ist, hat das Salz mit einem Markennamen nur einen marginalen Anteil am gesamten Salzhandel. Der grösste deutsche Hersteller, die Firma K und S in Kassel, beliefert beispielsweise Grossverteiler mit Salz. Das Salz hat auch einen Namen, es heisst „Salz“. Übrigens ist es auch mit Jod und Fluor versetzt. Im Blindtest gegen ein Markensalz aus der Schweiz stellt man fest, dass es salzig schmeckt, keine Rede von schlechterer Qualität, wie vorhin behauptet wurde. Ändern wir diesen unhaltbaren Zustand, indem wir der Motion zustimmen.

Reto Frank: Die Knappheit von Auftausalz kann zu prekären Situationen führen. Es ist kein effektiver Winterdienst mehr möglich, die Unfallgefahr steigt, und die Menschen könnten verärgert sein. Nur schon die Erwähnung eines möglichen Salz mangels führt zu Ängsten und Sorgen. Deshalb stehen im Salzregal die Versorgungssicherheit und die Solidarität im Vordergrund, deshalb kann überall, zu jeder Zeit und zum gleichen Preis Salz zum Auftauen geliefert werden. Diesen hohen Dienstleistungslevel müsste auch ein Unternehmen erbringen. Mit dem Kanton Luzern müssten Liefer- und Qualitätsgarantien vereinbart werden, was wiederum zu hohen Preisen führen würde. Parallel dazu müsste dieses Unternehmen auch die Lagerbewirtschaftung vornehmen und die Parallelinfrastruktur aufbauen, die es bei den Schweizer Salinen schon gibt. Für den Kanton Luzern sind das etwa 20'000 Tonnen im Salzlager. Unter solchen Umständen und mit der Aussicht, einen nicht konstanten Umsatz und keinen Einfluss darauf zu haben, wird sich keine grosse Konkurrenz einstellen. Falls der Kanton Luzern doch noch das Glück hätte, einen solchen Unternehmer zu finden, käme es wieder zu einem Monopol, daran würde sich nichts ändern. Es ist auch nicht sicher, ob die Aktien des Kantons Luzern von anderen Kantonen abgekauft würden. Je weniger Kantone bei den Schweizer Salinen Salz beziehen, desto schwieriger wird die Amortisation von bestehenden und neuen Investitionen. Bis jetzt haben alle anderen Kantone ähnliche oder

gleiche Vorstösse abgelehnt. Die Sicherung der Strassen und damit der Mobilität ist eine Angelegenheit des Staates. Dazu gehört auch das Auftausalz als zentrales Instrument. Kein Unternehmen würde nicht auch dafür sorgen, dass eine solche wichtige Ressource gesichert ist und zur Verfügung steht. Die Risiken, zu einem Privatunternehmen zu wechseln, sind zu gross, und der Nutzen ist klein. Deshalb lehnt die SVP-Fraktion die Motion ab.

Erwin Arnold: Die Motion fordert die Abschaffung des Salzregals und damit auch die Aufhebung des entsprechenden Gesetzes im Kanton Luzern. Wie die Regierung in ihrer Stellungnahme dargelegt hat, müsste der Kanton deshalb seine Aktien verkaufen. Der Verkauf oder eine Übertragung der Aktien bergen Tücken. Die Wahrscheinlichkeit ist gross, dass der Verwaltungsrat seine Zustimmung verweigert, sofern die Aktien an Nichtaktionäre verkauft würden, insbesondere an Privatpersonen. Wenn kein anderer Kanton gewillt wäre, die Aktien zu übernehmen – wovon man ausgehen muss –, würde der Kanton Luzern auf den Aktien sitzenbleiben. Die CVP ist der Auffassung, dass ein Monopol per se nicht einfach nur schlecht sein muss. Die Regierung hat viele Vorteile aufgezeigt, aber auch die Nachteile bei einer Abschaffung respektive bei einem Austritt aus der interkantonalen Vereinbarung. Immerhin ist uns ein konkreter Preisvergleich vorgelegt worden, ein Speisesalz wurde einem anderen gegenübergestellt. Es wäre aber interessant gewesen, auch Preisvergleiche beim Streusalz zu erhalten. Das bestehende System des Salzregals hat sich in der Vergangenheit bewährt, und die Versorgungssicherheit ist gegeben. Ein Alleingang des Kantons Luzern ist für die CVP-Fraktion nicht zielführend. Hingegen würden wir uns nicht dagegen wehren, wenn unsere Regierung zusammen mit anderen Kantonen die Initiative ergreifen und sich dafür einsetzen würde, das bestehende System des Salzregals auf nationaler Ebene zu hinterfragen. Einen Alleingang des Kantons Luzern, wie in der Motion gefordert, lehnt die CVP-Fraktion ab. Folglich lehnen wir die Motion ab.

Georg Dubach: Der Inhalt der vorliegenden Motion ist sehr gut und plausibel. Die Liberalisierung ist grundsätzlich im Sinn der FDP. Zudem hat Otto Ineichen seinerzeit einen solchen Vorstoss in Bern eingereicht. Die Stellungnahme der Regierung ist nachvollziehbar und leuchtet ein. Die Versorgungssicherheit, eine stabile Qualität, faire und konstante Preise sowie die Dividende sind wichtige Argumente. Ich habe mich aber gefragt, wer nun ehrlich ist. Die Motionärin behauptet, dass Salz auf dem Markt viel günstiger zu haben sei, und die Regierung behauptet das genaue Gegenteil. Die Idee hinter der wirtschaftlichen Liberalisierung ist es, dass der Markt die beste Lösung hervorbringen soll, dort wo der Staat nur gleich gut und schlechter sein kann. Die FDP ist der Auffassung, dass der Markt bei einem Austritt aus der interkantonalen Vereinbarung und somit bei einem Alleingang nicht besser wird, als er zurzeit ist. Wir sollten als Kanton unseren Anteil nicht im Alleingang verkaufen. Es dürfte schwierig sein, im Alleingang einen Käufer für unseren Aktienanteil zu finden, es handelt sich hier schliesslich um ein Gemeinschaftswerk. Es wäre zielführender, auf nationaler Ebene und gemeinsam mit anderen Kantonen nach einer Lösung zu suchen, die besser ist als jene des Staates. Die FDP-Fraktion lehnt die Motion einstimmig ab.

Michael Töngi: Ich habe mir überlegt, welche Relevanz dieses Thema für die Konsumentinnen und Konsumenten hat und ob sie davon profitieren würden. Ein Kilo Salz reicht pro Person etwa 50 Tage. Laut der Motion sollten erhebliche Einsparungen möglich sein. Gemäss meinen Berechnungen handelt es sich dabei pro Person etwa um Fr. 5.60 im Jahr. Bei den Gemeinden spricht man natürlich von einem anderen Sparvolumen. Ich glaube aber, in der Schweiz gibt es weit grössere Probleme, was den freien Markt angeht, beispielsweise bei Medikamenten oder bei den Krankenkassen. Deshalb kann der grosse Kampf für die Liberalisierung des Marktes nicht beim Speisesalz ausgefochten werden. Die Grünen wollen diesen Kampf um den freien Markt nicht zwingend mitführen. Für uns kommt es durchaus infrage, dass eine staatliche Lösung besser ist als eine private, gerade auch wenn ein allfälliger Gewinn in die Staatskasse fliesst. Die Grüne Fraktion schliesst sich der Meinung der Regierung an und lehnt die Motion ab.

Andy Schneider: Die SP hat Verständnis dafür, dass alte Gepflogenheiten überprüft und wenn nötig geändert werden. Die Motion setzt aber das bewährte, eingespielte und stabile Salzproduktionssystem der Schweiz aufs Spiel, das durch eine interkantonale Vereinbarung

gesichert ist. Das historisch gewachsene Modell steht für Gesundheit, Solidarität und Sicherheit. Gesundheit, weil die Bevölkerung mit Salz, Jod und Fluor versorgt wird. Solidarität, weil das Salz ungeachtet der Transportdistanz gleich viel kostet. Sicherheit, weil eine lückenlose Versorgung, vor allem beim Auftausalz, gewährleistet wird. Das Salzregal ist ein Bodenregal. Mit dem Bodenregal wird das Recht des Staates auf unterirdische Bodenschätze, in diesem Fall auf Salz, bezeichnet. Das Salz gehört dem Staat. Wer also, wenn nicht der Staat oder durch den Staat bestimmte Dritte würde das Salz bei einer Abschaffung des Monopols abbauen? Wem würde es gehören, und was hätten wir davon? Wir würden zwar Geld für unsere Aktien erhalten, aber keine Dividenden mehr. Die Umsetzung macht für uns absolut keinen Sinn, und sie ist nicht wirkungsvoll. Ein solcher Entscheid käme für die SP-Fraktion nur dann infrage, wenn eine gesamtschweizerische Lösung angestrebt würde. Dazu müsste aber jede Gemeinde die Infrastruktur bereitstellen, vor allem beim Auftausalz, und sich entsprechend absichern. Wir versuchen hier ein Problem zu lösen, indem wir lauter neue schaffen. Lieber stabile, interkantonale Verhältnisse als eine unsichere Privatisierung, die für die Gemeinden und den Kanton in der Gesamtheit viel teurer ausfallen würde. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass wir im Moment dringendere Probleme haben. Wir freuen uns aber, wie der Regierungsrat de facto einen Service public verteidigt, wo hingegen in viel kritischeren Bereichen Privatisierungen möglich sind. Wir hoffen, dass sich die Regierung auch in anderen Bereichen ähnlich stark ins Zeug legt, anstatt sich dem Auslagerungshype zu unterwerfen. Die SP-Fraktion folgt der Empfehlung der Regierung und lehnt die Motion ab.

Claudia Huser Barmettler: Ich bin erstaunt, dass die FDP, die CVP und die SVP der Regierung folgen und den Service public unterstützen. Der Aktienverkauf sei schwierig, dies sagt auch die CVP. Das ist allenfalls sogar so, denn wer möchte Aktien, die einen Knebelvertrag beinhalten? Aber nur weil es nicht einfach ist, können wir uns weiterhin doch nicht einfach im vorauseilenden Gehorsam davor drücken. Luzern ist gemäss Jahresthema unseres Regierungspräsidenten ein Innovationsmotor; das heisst ja auch, allenfalls Tabus zu brechen. Noch einmal zur Klärung: Die Motion will nicht die Schweizer Salinen verbieten. Sie will auch nicht den Salzabbau in der Schweiz verbieten. Vielleicht wird es in Zukunft einfach keine Lizenz zum Gelddrucken mehr sein. Man wird auch künftig Salz in grossen Hallen lagern können, und wenn die in der Stellungnahme des Regierungsrates genannte einmalig hohe Qualität Tatsache ist, werden sich die Schweizer Salinen auch ohne Monopol behaupten können. Die Salzhalle wird man vielleicht künftig ein bisschen weniger schnell abschreiben können. Aber auch die Schwarzräumung wird in Zukunft noch möglich sein, und keine Kuh, keine Geiss oder kein Schaf muss künftig auf einen Leckstein verzichten. Die Versorgungssicherheit ist in keiner Weise gefährdet. Es bleibt alles beim Alten. Wir können das Salz aber dort einkaufen, wo der Preis auch angemessen ist. Die Meinung der SVP überrascht mich. Die Abschaffung des Salzregals ist nicht etwa ein Hirngespinnst von uns. Im Kanton Zürich hat die SVP einen ähnlichen Vorstoss eingereicht. Auch sonst bin ich erstaunt, dass gerade die SVP ein Monopol stützt. Auf nationaler Ebene hatte sich Otto Ineichen für eine Abschaffung des Salzregals stark gemacht. Die Antwort des Bundesrates war klar: Er wäre für eine Abschaffung des Salzregals, diese sollte aber von den Kantonen ausgehen. Die Kantone sagen wiederum, sie sollte vom Bund ausgehen.

Guido Müller: Für dringliche Vorstösse gelten gewisse Kriterien zur Beurteilung der Dringlichkeit. Für mich gibt es für Vorstösse generell gewisse Kriterien; sie sollten auch auf ihren Nutzen hin hinterfragt werden. Im vorliegenden Fall sehe ich keinen Nutzen. Wie der Vertreter der Grünen Fraktion ausgerechnet hat, können im besten Fall pro Person Fr. 5.60 im Jahr eingespart werden. In der heutigen Zeit, in der wir gewisse Finanzprobleme wälzen, wäre es staatstragender, wenn wir uns den grossen Problemen zuwendeten. Einen Aspekt zur vorliegenden Motion möchte ich doch noch einbringen: Der Salzpreis ist konstant. Wir kennen aber auch Winter mit extremen Schneeverhältnissen. Bei solchen Verhältnissen dürfte der Preis im freien Markt wahrscheinlich explosionsartig in die Höhe schnellen. Die Sicherheit, in einem schweren Winter genug Salz zu haben, ist mir wichtiger, als Fr. 5.60 zu sparen und dabei noch eine teure Gesetzesmaschinerie anzuwerfen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Wir sprechen hier von vier Salzen: von Speisesalz, Auftausalz, Industriesalz und Sole. Die Motionärin hat den Vorstoss vom Kanton Bern abgeschrieben, darum darf sie auch eine gleichlautende Antwort erwarten. Im Jahr 2010 gab es tatsächlich Probleme mit dem Auftausalz; es handelte sich um den zweitstrengsten Januar, den die Schweiz jemals erlebt hat. Im Januar 2017 ist der Januar 2010 sogar noch um 10 Prozent getoppt worden, es hatte aber genügend Salz. Bei den Schweizer Salinen liegen 200'000 Tonnen Salz. In einem Monat sind 107'000 Tonnen Salz ausgeliefert worden. Dieses Salz hat etwa einen Wert von 35 Millionen Franken. Welche private Firma würde eine solche Menge Salz vorrätig halten und auf einen kalten Winter hoffen? Keine, ausser der Schweizer Salinen, da die Kantone eine lückenlose Salzversorgung fordern. Es hat so viel Salz an Lager, dass der Bund sogar die Pflichtlagerbestimmungen aufgehoben hat. Zum Monopol: Die Schweizer Salinen haben eine Monopolrente, schöpfen diese aber nicht ab. Wenn bei einem guten Winter viel Salz gebraucht wurde, gibt es Rückerstattungen an die Kunden und Dividenden an die Aktionäre. Die Industrie braucht qualitativ hochstehendes Salz, darum muss das Vorhandensein einer genügenden Menge Industriesalz gewährleistet sein. Was könnten die Kantone tun, wo gibt es Salz in der Schweiz? Salz kommt im Jura und südlich von Zürich vor. In St. Urban gibt es ebenfalls ein kleines Salzvorkommen, aber in einer Tiefe von 1500 Metern. Der Abbau wäre also viel zu teuer. Die Schweizer Salinen tun alles, damit die Volkswirtschaft läuft und die Strassen gesalzen werden können. Zudem beziehen sie auch keine Monopolrente. Darum ist es am besten, bei der heutigen Lösung zu bleiben und die Motion abzulehnen.

Der Rat lehnt die Motion mit 106 zu 6 Stimmen ab.